

Bagatellisierung der Konjunktur im Euroraum

Ewald Walterskirchen

Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich nun bereits das fünfte Jahr in einer ausgeprägten Schwächephase. Der Wirtschaftspolitik gelingt es nicht – im Gegensatz zu den USA, Großbritannien und vielen asiatischen Ländern, – einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung herbeizuführen. Konjunkturelle und Nachfrageaspekte werden im Euroraum völlig vernachlässigt. Auf Grund der rein angebotsseitigen Orientierung wird auf eine aktive Konjunkturpolitik – anders als in den USA – verzichtet. Die Stagnationstendenz der Wirtschaft im Euroraum seit dem Jahr 2000 ist die Folge dieser verfehlten Politik.

1

Zur Wirtschaftslage im Euroraum

1.1 ANHALTENDE KONJUNKTURSCHWÄCHE

Die Schwächephase der Wirtschaft im Euroraum hält nun schon das fünfte Jahr an. Die Wirtschaft des Euroraums wird 2005 um kaum mehr als 1¼ % wachsen, und auch für das kommende Jahr zeichnet sich keine Erholung ab. Gleichzeitig befindet sich die Weltwirtschaft seit Jahren in einem steilen Konjunkturaufschwung, der von der stark expansiven antizyklischen Politik in den USA seinen Ausgang nahm. Im Euroraum gelang es der Wirtschaftspolitik nicht, an diesem Aufschwung voll zu partizipieren. Der zündende Funke sprang nicht

vom Export auf die Inlandsnachfrage über. Die Konsumenten sind durch die ungünstige Arbeitsmarktlage und die zur falschen Zeit eingeleiteten Strukturreformen verunsichert.

Da die Gesamtnachfrage wegen des schwachen Privatkonsums zu gering ist, um die verfügbaren Kapazitäten auszulasten, weiten die Unternehmen ihre Investitionen in Maschinen und Arbeitskräfte nicht aus. Die Großunternehmen machen zwar hohe Gewinne. Sie ziehen es jedoch vor, ihre Schulden zurückzuzahlen oder andere Unternehmen aufzukaufen. Die Chancen auf eine nachhaltige Steigerung der Inlandsnachfrage, welche die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte rechtfertigen würde, schätzen die Manager offenbar gering ein (Abbildung 1).

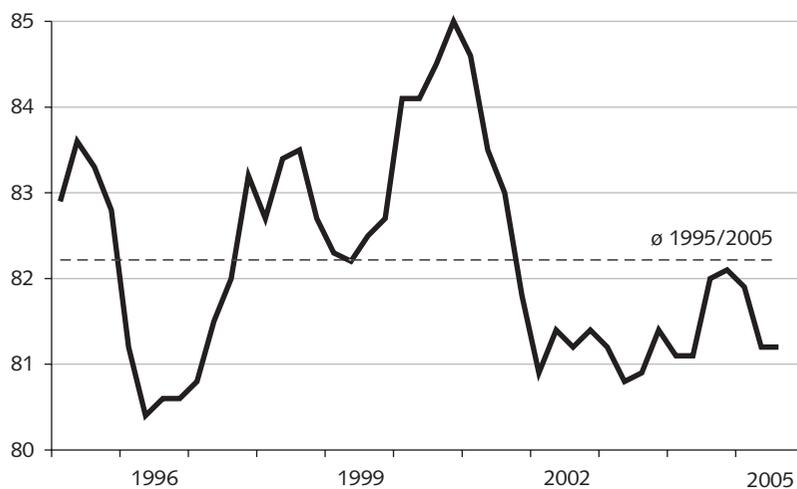
Auf dem europäischen Arbeitsmarkt sind Vollzeit-Arbeitsplätze rar. Auch junge Menschen mit guter Ausbildung finden im-

mer schwerer einen Arbeitsplatz. Im Euroraum verharrt die Arbeitslosenquote seit Jahren bei über 8 %. Die hohe Arbeitslosigkeit ist offenkundig die Folge des schwachen Wirtschaftswachstums – nicht zu rasch steigender Arbeitskosten. Es lässt sich empirisch leicht nachweisen, dass die Länder mit hohem Wirtschaftswachstum eine relativ günstige Arbeitsmarktlage aufweisen, die wirtschaftlich stagnierenden Länder dagegen unter großen Arbeitsmarktproblemen leiden (Marterbauer/Walterskirchen 2000).¹

1.2 KONJUNKTURELLE UND NACHFRAGEASPEKTE

Die meisten Wirtschaftsjournalisten und Politiker erklären die Probleme der europäischen Wirtschaft ausschließlich als „strukturell“. Erst nach umfangreichen Strukturreformen – die auf ein Ende des Wohlfahrtsstaats hinauslaufen – würde die europäische Wirtschaft wieder rasch wachsen. Der Mainstream der Ökonomen be-

Abb. 1: Kapazitätsauslastung im Euroraum von 1995-2005¹⁾
- in % -



1) Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen der Sachgütererzeugung, saisonbereinigt.

Quelle: Europäische Kommission.

WSI Hans Böckler Stiftung

¹ Dabei sollte nicht übersehen werden, dass die Unterschiede im Wirtschaftswachstum zwischen den EU-Ländern mittelfristig in hohem Maß auf den Einfluss der Haus- und Wohnungspreise zurückgehen (Marterbauer/Walterskirchen 2005). In den angelsächsischen und skandinavischen Ländern trugen stark steigende Haus- und Wohnungspreise seit 1995 entscheidend zur Expansion von Konsum und Wohnbau bei. In Mitteleuropa gibt es keine derartigen Impulse, aber auch nicht das Risiko eines Crashes auf dem Wohnungsmarkt.

Ewald Walterskirchen, Dr., Dipl.-Kaufm., wissenschaftlicher Mitarbeiter am WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt, Makroökonomie und europäische Wirtschaftspolitik.
e-mail: ewald.walterskirchen@wifo.ac.at

hauptet, dass der „Potential Output“ (das Produktionspotenzial) zu langsam wachse, weil die notwendigen angebotsseitigen Strukturreformen zu langsam vorankämen. Dabei berechnen sie aber nicht einen echten „potenziellen Output“ (bei voller Auslastung der maschinellen und Arbeitskapazitäten), sondern lediglich den Trend-Output der Vergangenheit. Dass dieser Trend-Output nach einer fünfjährigen Schwächephase deutlich zurückgegangen ist, verwundert nicht. Wie so oft liegt auch hier in der Methode die Ideologie.

In den letzten fünf Jahren wurde im Euroraum – wie gefordert – immer weiter liberalisiert und privatisiert. Die Arbeitsmärkte wurden flexibilisiert, die Arbeitslosenhilfe in einigen Ländern auf das Existenzminimum reduziert (Hartz IV), und die Reallohnsteigerungen blieben deutlich hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Trotz dieser angebotsorientierten Strukturreformen ist der Euroraum seit dem Jahr 2000 die am langsamsten wachsende Region der Welt mit enormen Arbeitsmarktproblemen. Der Wirtschaftsmotor in Europa springt einfach nicht an, während er in den USA und Asien seit Jahren auf Hochtouren läuft und bereits an Kapazitätsgrenzen stößt.

Von *Keynes* stammt der Satz, dass ein Anlasser nötig ist, um den Wirtschaftsmotor nach einer Rezession wieder flott zu bekommen (zitiert nach Krugman 2001, S. 139). Über viele Jahrzehnte gab es einen Pakt zwischen Neoklassik und Keynesianismus: In einer wirtschaftlichen Schwächephase muss die Nachfrage durch Vorziehen öffentlicher Investitionen und andere Maßnahmen angekurbelt werden. Sobald die Kapazitäten voll ausgelastet sind, treten angebotspolitische Maßnahmen in den Vordergrund. Sie sollen dazu beitragen, die Kapazitätsgrenzen der Wirtschaft weiter hinauszuschieben.

In den USA und in Großbritannien ist dieser Pakt heute noch gültig. Kreditfinanzierte Ausgabenprogramme und massive Zinssenkungen werden zur Bekämpfung der Rezession eingesetzt. Danach werden Strukturreformen zur Ausweitung des „Potential Output“ vorangetrieben. Der Euroraum hat sich von dieser Strategie verabschiedet. Die leidvollen Konsequenzen sind unübersehbar.

2

Das wirtschaftspolitische Konzept der EU

2.1 ANGEBOTSORIENTIERUNG

In den „Broad Economic Policy Guidelines“ ist die wirtschaftspolitische Philosophie der EU festgelegt (Hein/Niechoj 2004). Durch Umsetzung von angebotsorientierten Strukturreformen und stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen („sound macroeconomic policy“) soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden (Lissabon-Strategie). Die Kontrolle der Haushaltsdefizite und die unabhängige Stellung der Europäischen Zentralbank, die im Maastricht-Vertrag niedergeschrieben sind, sollen die stabilen („gesunden“) Rahmenbedingungen gewährleisten.

„Sound macroeconomic policy“ bedeutet hier nichts anderes, als Vorrang für stabile Preise und ein ausgeglichenes Budget, Nachrang für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Wenn die Inflationsrate niedrig, das Budget ausgeglichen, die Lohnsteigerungen moderat und die Arbeitsmärkte flexibel seien, dann würde die Wirtschaft automatisch kräftig wachsen – eine trügerische Hoffnung.

Es fehlt in der EU – im Gegensatz zu den USA – ein Bekenntnis zu einer aktiven Konjunkturpolitik. „Sound macroeconomic policy“ ist de facto das Gegenteil einer aktiven Rezessionsbekämpfung. *Josef Steindl* hat diese so genannte gesunde Makropolitik als „Stagnationspolitik“ bezeichnet (Steindl 1990, S. 124). Solange die Regierungen vor allem um Staatsschulden und Preisstabilität besorgt sind, wird sich an dieser Stagnationspolitik nichts ändern.

Ein einseitiges angebotspolitisches Konzept wird auch in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU vertreten. *Günther Chaloupek* bezeichnet die europäische Beschäftigungsstrategie als einen „spektakulären Misserfolg, der ihrer Fehlorientierung auf die Angebotsseite zuzuschreiben ist“ (Chaloupek 2005). Diese Strategie bedeutet eine programmatische Abkehr vom makroökonomischen „policy mix“. Sie setzt vor allem auf Senkung der Arbeitskosten und Erhöhung des Arbeitsangebots. Unter dem Einfluss der OECD wird immer mehr auch die Dere-

gulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes forciert: Abbau des Kündigungsschutzes, dezentrale Lohnverhandlungen, Beseitigung von Arbeitszeitregelungen usw.

Die Lissabon-Strategie betont Wachstum, Produktivität und Beschäftigung sowie Investitionen in Forschung und Bildung. Das ist zweifellos ein fortschrittliches Konzept. Der Lissabon-Prozess stellt somit ein positives Gegengewicht gegen das restriktive Maastricht-Konzept dar. Jedoch ist auch hier die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit das ausschließliche Ziel, der Beitrag der (standortgebundenen) Inlandsnachfrage zum Wirtschaftswachstum wird vernachlässigt. Die Wirtschaftspolitik sollte freilich eine Ausgewogenheit zwischen der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Steigerung der Inlandsnachfrage anstreben. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (Steuerentlastungen) auf Kosten der Konsumenten (Abbau des Wohlfahrtsstaats) verbessert wird, dann ergibt sich per saldo kein positiver Impuls. Wenn sich alle Länder an diesem Steuerwettbewerb nach unten beteiligen, dann verbessert sich nicht einmal die internationale Konkurrenzfähigkeit. Was bleibt, ist die Kürzung von Staatsausgaben und ihr dämpfender Einfluss auf die Inlandsnachfrage.

Bisher war die Lissabon-Strategie, vereint mit dem Maastricht-Konzept und der europäischen Beschäftigungsstrategie, kein Erfolg. Die EU ist weiter denn je davon entfernt, die wettbewerbsfähigste und dynamischste Region der Welt zu sein. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Liegt es vielleicht an der „gesunden“ Makropolitik, die einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung verhindert oder zumindest nicht fördert?

2.2 ZU GERINGE IMPULSE VON DER GELDPOLITIK

Die Europäische Zentralbank ist zu stark einem überzogenen Inflationsziel verpflichtet. Sie hat deshalb mit einer Zinssenkung in der Rezession zu lange gezögert. Während die US-Zentralbank (FED) rasch reagierte und die Zinssätze im Laufe des Jahres 2001 um $4\frac{3}{4}$ Prozentpunkte senkte, verringerte sie die Europäische Zentralbank nur um $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte.

Dabei reagiert die Nachfrage in den USA weit stärker auf eine Zinssenkung als im Euroraum. Dies gilt insbesondere für

den Wohnungsbau. Um den gleichen Effekt zu erzielen, müsste also die Zinssenkung im Euroraum deutlich stärker ausfallen als in den USA.

Die Europäische Zentralbank hat sich überdies ein zu ehrgeiziges Inflationsziel gesetzt (2 %). Es gibt einer expandierenden Wirtschaft nicht genügend Spielraum. In den USA gilt eine Inflationsrate von 3 % als durchaus akzeptabel. Angesichts der Ölver- teuerung ist auch von Bedeutung, dass die FED die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) explizit berücksichtigt, die Europäische Zentralbank dies jedoch ablehnt.

Für Deutschland kommt erschwerend dazu, dass es traditionsgemäß ein Niedrig- inflationsland ist. Da es im Euroraum einen einheitlichen kurzfristigen Zinssatz gibt, ist der Realzins in Ländern mit niedriger In- flation relativ hoch. Während die geringen Preissteigerungen die internationale Wett- bewerbsfähigkeit begünstigen, bremsen sie über den hohen Realzins den Wohnungs- bau und die Investitionstätigkeit. So hän- gen die großen Unterschiede in der Bautätigkeit zwischen Deutschland und Spanien seit 1999 unter anderem mit die- sen Realzinsdifferenzen zusammen.

2.3 BUDGETDEFIZITE IM EURORAUM UND USA

Die Budgetpolitik im Euroraum wird durch das Korsett der Maastricht-Verträge stark beeinflusst. Das Maastricht-Konzept nimmt zu wenig Rücksicht auf konjunktu- relle Schwächephasen und ist zweifellos ein Hindernis für eine aktive Konjunkturpoli- tik. Die Änderung des Stabilitätspakts – der zu Unrecht den Namen Stabilitäts- und Wachstumspakt trägt – stellt lediglich eine späte Anerkennung der wirtschaftlichen Realität dar: Eine lange konjunkturelle Schwächephase führt unweigerlich zu stei- genden Budgetdefiziten.

Ein Vergleich der Budgetentwicklung zwischen den USA und dem Euroraum of- fenbart die ganze Schwäche der europäi- schen Fiskalpolitik. Die USA erzielten in der Hochkonjunktur Budgetüberschüsse. In der Rezession setzten sie die Budgetpoli- tik jedoch massiv zur Beseitigung der Un- terauslastung der Kapazitäten ein. Staats- ausgaben wurden erhöht, Steuern gesenkt. Der Budgetsaldo aller öffentlichen Haus- halte drehte sich von +1,6 % des Bruttoin- landsprodukts (BIP) im Jahr 2000 auf -4 % im Jahr 2005. Diese Saldendrehung um

Tabelle 1: Veränderungen der strukturellen und konjunkturellen Budgetdefizite in den USA und im Euroraum von 2000–2005
– in % des BIP¹ –

	USA	Euroraum	Deutschland
Finanzierungssaldo des Staates	-5,6	-2,7	-4,5 ²⁾
Strukturelle Komponente	-5,4	-0,2	-1,1
Konjunkturelle Komponente	-0,2	-2,5	-3,4

1) Minus = Defizit ausweitung
2) Finanzierungssaldo im Jahr 2000 inkl. der Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen.
Quelle: Europäische Kommission (AMECO database, Frühjahr 2005).

WSI Hans Böckler Stiftung

5,6 Punkte wurde fast ausschließlich durch eine aktive antizyklische Politik – d.h. durch ein strukturelles Budgetdefizit – be- wirkt. Der Erfolg dieser Politik zeigt sich darin, dass die Rezession gemeinsam mit einer sehr engagierten expansiven Geldpoli- tik rasch überwunden werden konnte. Seit mehreren Jahren befindet sich die US-Wirtschaft in einem selbsttragenden Konjunkturaufschwung. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die günstige Wirt- schaftsentwicklung zu einem deutlichen Rückgang des Budgetdefizits führen wird. Im Fiskaljahr 2005 dürfte das Budgetdefizit in den USA um fast 100 Mrd. Dollar gerin- ger ausfallen als ursprünglich angenom- men (Tabelle 1).

Im Gegensatz zu den USA haben die Länder des Euroraums ihr hohes Budget- defizit nicht aktiv herbeigeführt, sondern durch die anhaltend schlechte Konjunktur „erlitten“. Zwischen 2000 und 2005 ist der Budgetsaldo im Euroraum von einer aus- geglichenen Position auf -2,8 % des BIP ge- fallen. Diese Verschlechterung war jedoch fast ausschließlich konjunkturbedingt. Das strukturelle Defizit ist kaum durch antizy- klische Maßnahmen erhöht worden. Der Unterschied zu den USA ist gravierend: Je länger die konjunkturelle Schwächephase im Euroraum andauert, umso weiter steigt das Budgetdefizit – trotz aller Stabilisie- rungsversuche. Auch in Deutschland wur- de der Anstieg des Budgetdefizits zwischen 2000 und 2005 ganz überwiegend durch die Konjunkturschwäche erlitten. Die Sen- kung der Unternehmen- und Einkommen- steuern erwies sich infolge der verbreiteten Unsicherheit dabei als wenig wirksam.

Die gegenwärtige Linie der Makropoli- tik im Euroraum liefert keinerlei positive Impulse, die zu einem selbsttragenden Konjunkturaufschwung führen könnten. Als selbsttragend bezeichnet man gewöhn- lich einen Konjunkturaufschwung, der sich über eine Ausweitung der Investitionen und des privaten Konsums von selbst fort- pflanzt. Ein solcher Aufschwung kann heu- te im Euroraum nur durch zufällige positi-

ve Schocks – etwa einen psychologischen Stimmungsumschwung, ein Absacken des Euro-Kurses oder des Ölpreises – zu Stan- de kommen.

Von der in den meisten EU-Staaten verfolgten Politik, die man als Brüssel- Paris-Konsens bezeichnen kann, ist ein solcher Aufschwung nicht zu erwarten. Die EU-Kommission empfiehlt beispielsweise für Deutschland eine Senkung des struk- turellen Budgetdefizits auch in einer wirtschaftlichen Schwächephase. Entspre- chend den wirtschaftspolitischen Leit- linien sollen also nicht einmal die automa- tischen Stabilisatoren – d.h. die kon- junkturbedingten Defizite – voll wirken können. Gleichzeitig wird Großbritannien von der Kommission wegen seines hohen Defizits zur Überwindung der Rezession gerügt, obwohl dieses Land während der Hochkonjunktur beträchtliche Budget- überschüsse erzielte.

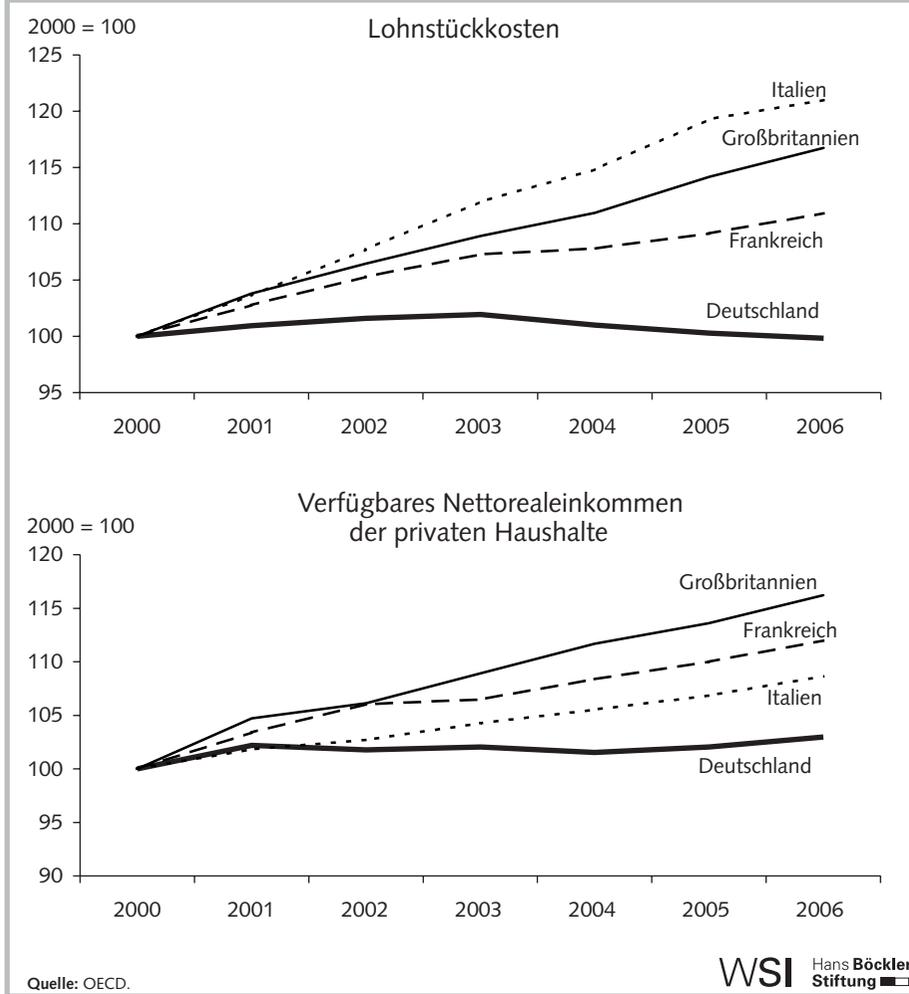
2.4 LOHNZURÜCKHALTUNG OHNE ARBEITSMARKTEFFEKTE

Jahrzehntlang forderten neoklassisch ori- entierte Ökonomen Lohnzurückhaltung, insbesondere ein Zurückbleiben der Real- löhne hinter der Produktivitätssteigerung. Denn erstens würden die höheren Gewin- ne die Investitionstätigkeit anregen und zweitens würden die geringeren Reallohn- steigerungen die Substitution von Arbeit durch Kapital verlangsamen.

Im letzten Jahrzehnt trat nun ein, was die Mainstream-Ökonomen und die Un- ternehmensvertreter gefordert hatten: Die Reallöhne blieben vor allem in Deutsch- land weit hinter dem Produktivitätsfort- schritt zurück. Der Hauptgrund dafür lag in der hohen Arbeitslosigkeit, welche die Gewerkschaften zur Vorsicht mahnte.

Die Vertreter einer Politik der forcier- ten Lohnzurückhaltung sind bislang eine adäquate Erklärung schuldig geblieben, warum sich diese Politik bisher nicht posi- tiv auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. In nicht sehr überzeugender Weise wurde

Abb. 2: Lohnstückkosten und verfügbare Nettoealeinkommen der privaten Haushalte in den vier größten Ländern der EU von 1995-2006



versucht, Verschiebungen in der Branchenstruktur – nicht Lohnzurückhaltung – für den Rückgang der realen Lohnstückkosten verantwortlich zu machen (Maisonneuve u.a. 2002). Tatsächlich wird der Einfluss hoher Gewinne auf die Investitionstätigkeit offenbar ebenso überschätzt wie jener der möglichen Substitution von Kapital durch Arbeit.

Eine Orientierung der Reallohnerhöhungen an den Produktivitätszuwächsen ist generell geeigneter als ein ständiges Zurückbleiben. Dies gilt besonders für die aktuelle Situation, in der die Gewinne der Großunternehmen außerordentlich stark zunehmen, die Unternehmen sie jedoch nicht für Investitionen, sondern u.a. zum Abbau von Schulden nutzen. In der Stagnationsphase der letzten Jahre zeigte sich ein neues Phänomen: Der Unternehmenssektor wurde in vielen Ländern vom typischen Schuldner zum Gläubiger. Diese verkehrte Welt kann rein saldenmechanisch

nur funktionieren, wenn entweder die privaten Haushalte, der Staat oder das Ausland per saldo Kredite aufnehmen, d.h. zu Schuldnern werden.

2.5 WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AUF KOSTEN DER HAUSHALTS-EINKOMMEN

Für Länder mit ungünstiger Außenhandelsentwicklung kann eine Senkung der Lohnstückkosten durchaus eine wichtige Strategie zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sein. Deutschland zeichnet sich jedoch durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse und eine positive Entwicklung des realen Außenbeitrags aus. Das Gerede von der „Basarökonomie (Sinn 2005)“, die vorwiegend auf Importen beruhte, entbehrt deshalb jeder Grundlage.

In Deutschland haben sich die Lohnstückkosten seit 2000 außerordentlich günstig entwickelt. Sie stagnierten zwi-

schen 2000 und 2005, da die Löhne nur moderat erhöht wurden und die Unternehmen stark rationalisierten, d.h. Arbeitskräfte abbauten. In den anderen großen EU-Ländern nahmen die Lohnstückkosten dagegen deutlich zu. Die kostenbestimmte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat sich somit stark verbessert. Das kommt auch in steigenden Exporten und Leistungsbilanzüberschüssen zum Ausdruck. Gleichzeitig sind jedoch die verfügbaren Netto-Realerlöse der privaten Haushalte in Deutschland nicht gestiegen. Hier liegt neben dem „Angstsparen“ die Ursache für die schwache Entwicklung der Inlandsnachfrage in Deutschland. In den anderen großen europäischen Ländern sind die verfügbaren Einkommen dagegen kräftig gewachsen (Abbildung 2).

Da der Warenexport weit weniger beschäftigungsintensiv ist als die Inlandsnachfrage, hatte die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der verfügbaren Einkommen und der Inlandsnachfrage entsprechend ungünstige Auswirkungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

2.6 WÄCHST DAS ARBEITSKRÄFTE-ANGEBOT ZU LANGSAM?

Die Vernachlässigung von Konjunktur und Nachfrage im Denken der Ökonomen und Politiker treibt seltsame Blüten. In einer Zeit, in der die Arbeitslosenquote in Deutschland von Jahr zu Jahr neue Rekordstände erreicht und deutsche Arbeitslose mangels Beschäftigungsmöglichkeiten Arbeit im Ausland suchen, wird das vermeintlich knappe Arbeitskräfteangebot für das schwache Wirtschaftswachstum in Deutschland verantwortlich gemacht. Die Arbeitszeit müsse deshalb verlängert werden.

Der Zusammenhang geht ganz offensichtlich in die andere Richtung: Schwaches Wirtschaftswachstum führt zu einem Rückgang der Beschäftigung und der Arbeitszeit (Überstunden) sowie zu einer Verringerung der ökonomisch motivierten Netto-Zuwanderung, wodurch das Arbeitskräfteangebot sinkt.

Die OECD stellte überdies fest, dass Länder mit hoher Arbeitszeit im Allgemeinen eine niedrige Beschäftigungsquote und Länder mit niedriger Arbeitszeit eine hohe Beschäftigungsquote haben (OECD 2004, S. 17). Dies sollte den Vertretern einer Arbeitszeitverlängerung zu denken ge-

ben. Der internationale Vergleich gibt keinerlei Hinweise darauf, dass in Europa ein positiver Zusammenhang zwischen langer Arbeitszeit und hoher Wirtschaftsleistung besteht. Eher im Gegenteil: Am längsten müssen die Arbeitnehmer in den ärmeren ost- und südeuropäischen Staaten arbeiten, am kürzesten in den reichen skandinavischen Ländern. Echter Wohlstand, der auf technologischem Fortschritt beruht, bedeutet ein hohes Einkommens- und Beschäftigungsniveau sowie genügend Freizeit.

2.7 DAS EU-KONZEPT IST GESCHEITERT

Die Wirtschaftspolitik der EU wirkt wie gelähmt. Das hochgesteckte Lissabon-Ziel, zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Region der Welt zu werden, wurde weit verfehlt. Die EU wurde zur Region mit dem schwächsten Wirtschaftswachstum der Welt. Dennoch blieben die wirtschaftspolitischen Richtlinien der EU unverändert – bis auf das aufgrund der Fakten unumgängliche Akzeptieren höherer konjunkturentlasteter Budgetdefizite.

Wie lange muss die wirtschaftliche Schwächephase in Europa noch dauern, bis es eine Reaktion der Politik und ihrer Leitlinien gibt? Sicherlich leidet die EU unter einer politischen Führungsschwäche. Die einzelnen Länder brauchen Jahre, um sich auf ein Konzept zu einigen. Ein einzelnes Land kann wichtige Entscheidungen blockieren. Eine spontane Reaktion der Politik auf akute Probleme ist deshalb – anders als in den USA – nicht möglich.

Andererseits ist schwer verständlich, warum viele einflussreiche Ökonomen und Politiker heute noch an einer Position festhalten, die vor zwanzig Jahren ihre guten Gründe hatte. Damals gab es zweistellige Inflationsraten und hohe Budgetdefizite auch in der Hochkonjunktur. In einer sich rasch verändernden Welt entstehen jedoch ständig neue ökonomische Probleme: Einmal sind es die Finanzkrisen, dann der Börsen-Crash und schließlich die hartnäckige Stagnation im Euroraum. Niemand kann ernsthaft glauben, dass ein langfristiges wirtschaftspolitisches Konzept – niedrige Inflationsraten und Budgetdefizite sowie mehr Markt – die wirtschaftlichen Probleme für alle Zeiten lösen kann.

Das entscheidende Manko ist heute die Vernachlässigung von konjunkturellen und Nachfrageüberlegungen. Es werden ange-

botspolitische Maßnahmen – in Deutschland sogar Mehrwertsteuererhöhungen – gefordert, obwohl es in erster Linie an Inlandsnachfrage mangelt. Dazu ein Zitat von *Paul Krugman*: „Jene absurden und törichten Vorstellungen, die unter dem Etikett „supply-side economics“ (angebotsorientierte Wirtschaftspolitik) kursieren, nähme mit Sicherheit kaum jemand ernst, stünde diese Politik nicht den Interessen der Wohlhabenden so nahe und würde sie von diesen über die einschlägigen Medien nicht systematisch im Gespräch gehalten“ (Krugman 2001, S. 201).

Die Unternehmensvertreter nützen die wirtschaftliche Schwächephase und die Globalisierungsängste mit Hilfe der Medien geschickt, um interessensorientierte Angebotspolitik durchzusetzen: Senkung der Körperschaftsteuer, Abbau des Kündigungsschutzes, Verringerung der Lohnnebenkosten bzw. Sozialausgaben, Wegfall von Überstundenzahlungen usw. Die Besserverdienenden – die ähnlich wie die Unternehmen ihr Geld vorwiegend sparen – wollen eine Senkung des Spitzensteuersatzes bzw. die Einführung von Kopfsteuern erreichen, „damit Leistung sich wieder lohne“.

3

Auswege aus der verfahrenen Situation

Aus konjunkturpolitischer Sicht geht es nach einer Rezession vor allem um die Wiederherstellung des Vertrauens der Konsumenten und Investoren. Im Euroraum wurden gerade in und nach der Rezession Strukturreformen forciert mit der Folge, dass die Konsumenten nicht nur durch die hohe Arbeitslosigkeit, sondern zusätzlich durch die Arbeitsmarkt-, Pensions- und Gesundheitsreformen verunsichert wurden. In Deutschland kann man deshalb heute von echtem „Angstsparen“ sprechen (Horn 2005).

Was lässt sich in dieser verfahrenen Situation tun?

– Vertrauensbildende Maßnahmen: Belastungsstopp für die Konsumenten zur Festigung der Inlandsnachfrage (z. B. Verzicht auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer).

– Vorziehen von Infrastrukturinvestitionen: Auf EU-Ebene sollten die Pläne für

die Transeuropäischen Netze zügig umgesetzt werden. In Österreich hat eine konservative Regierung gezeigt, wie man die Investitionen in Straßen und Bahn stark erhöhen kann, ohne das Budget kurzfristig zu belasten (außerbudgetäre Finanzierung).

– Zusätzliche Anreize für Unternehmen, in Maschinen, Forschung und Bildung zu investieren.

– Programme, die zu einem Vorziehen von Wohnungsbauminvestitionen führen. Der Wohnungsbau hat große Bedeutung für die Inlandsnachfrage.

– Die Gewerkschaften sollten die hohen Gewinnsteigerungen der Unternehmen, die nur in geringem Ausmaß reinvestiert werden, zu entsprechenden Lohnforderungen nutzen. In Österreich konnte die Metallarbeiter-Gewerkschaft im September eine Erhöhung der Löhne um 3,1 % durchsetzen.

– Erst wenn die verfügbaren Kapazitäten wieder ausgelastet sein werden, sind Überlegungen zur Ausweitung des Produktionspotenzials sinnvoll.

– Langfristig geht es vor allem um eine Förderung des Übergangs in die Informationsgesellschaft (Walterskirchen 2005). Die angelsächsischen und skandinavischen Länder haben hier einen Vorsprung, Deutschland ist Nachzügler.

In der deutschen ökonomischen Diskussion spielte das „Gürtel-Enger-Schnallen“ schon immer eine besondere Rolle: Lohnzurückhaltung würde zu mehr Beschäftigung, Kaufzurückhaltung zu mehr Investitionen und Ausgabenkürzungen des Staates zu höherem Wachstum der Privatwirtschaft führen. Empirische Belege für diese Axiome sind nicht vorhanden, werden aber auch nicht für notwendig erachtet.

Die Bagatellisierung von Konjunktur- und Nachfrageaspekten stellt ein entscheidendes Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und im gesamten Euroraum dar. Die USA und Großbritannien haben die Rezession 2001 durch eine expansive antizyklische Politik außerordentlich rasch überwunden. Im Euroraum verschließt man dagegen die Augen vor konjunkturellen, nachfragebedingten Schwankungen. Eine Belebung der Nachfrage wird als „Strohfeuer“ bezeichnet, das bloß den Reformdruck verringert. Das alles geschieht in einer Zeit, in der die USA den Erfolg einer antizyklischen Politik demonstriert haben. Die

Krise der europäischen Wirtschaft ist somit auch eine Krise der vorherrschenden Ökonomie. Die völlige Vernachlässigung der Nachfrage und der Konjunktur führt wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch in die Irre.

Den USA wird von deutschen Mainstream-Ökonomen heute oft vorgeworfen, dass sie durch ihre stark expansive Politik ein hohes Budget- und Leistungsbilanzdefizit und damit eine Dollarabwertung verursacht hätten. Der US-Ökonom *Rogoff*

meint dagegen zu Recht, dass die Welt den USA für die Defizite dankbar sein sollte (Rogoff 2005, S. 18). Ohne diese expansive Politik in den USA befände sich Deutschland heute wohl eher in einer Rezession als in der Stagnation.

LITERATUR

Chaloupek, G. (2005): Europäische Sozialordnung; in: Hödl, E. (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Marburg

Hein, E./Niechoj, T. (2004): Leitlinien für ein dauerhaftes Wachstum in der EU? Konzept und Wirkung der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 11–40

Horn, G. (2005): Die deutsche Krankheit – Sparwut und Sozialabbau, München, Wien

Krugman, P. (2001): Die große Rezession, München

Marterbauer, M./Walterskirchen, E. (2000): Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, WIFO, Wien

Marterbauer, M./Walterskirchen, E. (2005): Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf Wirtschaftswachstum und Inflation, WIFO, Wien

Maisonneuve, C./Serres, A./Scarpetta, S. (2002): Sectoral shifts in Europe and the United States, OECD Economic Department, Working Paper 326

OECD (2004): Employment Outlook

Rogoff, K. (2005): Amerikas fantastische Defizite, „Die Presse“ vom 24. Januar

Sinn, H.-W. (2005): Die Basarökonomie, Berlin

Steindl, J. (1990): Stagnation Theory and Stagnation Policy; in: Economic Papers 1941–1988, S. 107–126

Walterskirchen, E. (2005): Der Weg in die Informationsgesellschaft. Zur Evolution von Natur, Technik und Wirtschaft, Wien